Bern, 13. 5. 2009

DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

MEDIENMITTEILUNG

Krankenversicherer verteufeln ambulante Medizin in Spitälern

Der Krankenkassenverband santésuisse hat am 12. Mai drei Vorschläge gegen den Kostenanstieg bei den ambulanten Behandlungen im Spital gemacht. Alle drei Vorschläge bestrafen einmal mehr die Versicherten für die Behandlung eines medizinischen Problems im Kompetenzzentrum Spital.

Allzu sehr bemühen sich die Krankenkassen um die kleinen Risiken, sprich jene jungen gesunden Menschen, mit denen sich auf möglichst billige Weise viel Geld verdienen lässt. Die älteren und Kranken sind den Kassen eine Last, auf die man gerne verzichtet, wenn es das Gesetz zulässt. Die neusten drei Sparvorschläge des Verbands der Krankenkassen reihen sich lückenlos ein in die Massnahmen, welche diese Haltung bestätigen.

Krankenkassen: Sparvorschläge auf dem Buckel der Patientinnen

Folgendes sind die drei Sparvorschläge der Krankenkassen auf dem Buckel der Patientinnen und der Landbevölkerung. Erstens soll der Selbstbehalt für jede ambulante Behandlung im Spital von 10 auf 20 Prozent angehoben werden. Zweitens sollen die Spitäler im Gegensatz zur Arztpraxis für jede ambulante Behandlung von den Versicherten eine pauschale Gebühr verlangen. Drittens sollen die Taxpunkwerte für ambulante Leistungen im Spital und in der Arztpraxis die gleichen sein. Die drei Regelungen sollen nach dem Willen des Krankenkassenverbands auf Anfang 2010 in Kraft treten.

Der Nationale Spitalverband H+ akzeptiert keinen der drei Vorschläge

Ein massiv erhöhter Selbstbehalt der ambulanten Behandlungen im Spital verteuert ausgerechnet jene unausweichlichen ambulanten Spitalbehandlungen wie Operationen, Chemotherapien, Krebsbestrahlungen, Spezialdiagnostik, für die es keine Alternative gibt ausser die massiv teureren stationären Behandlungen. Die pauschale Gebühr für jede ambulante Behandlung im Spital verstärkt diese Bestrafung von PatientInnen, die gar keine Wahl haben zu entscheiden zwischen Arztpraxis oder Spital. Sie bestraft ausserdem die Bevölkerung der Randregionen, die ausser Gesundheitszentren oder Spitälern längst keine Spezialpraxen mehr hat. Die Senkung des Taxpunktwerts auf das jeweils tiefere Niveau von Arztpraxis und Spital schliesslich ist eine staatliche Massnahme, welche die Versicherer bisher verpasst haben, in den Verhandlungen zwischen Spitälern und Versicherern aufzubringen: sozusagen eine unnötige Verstaatlichung. H+ lehnt alle drei Vorschläge ab.

In den letzten zwei Jahren haben viele Spitäler in Zusammenarbeit mit Hausärzten Notfallpraxen geschaffen, die dafür sorgen, dass kleinere Fälle dort und nicht im Spital behandelt werden. Das sind konkrete Problemlösungen zugunsten der PatientInnen und nicht gegen sie.

H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Institutionen der Langzeitpflege. Ihm sind rund 370 Spitäler, Kliniken und Pflegeheime als Aktivmitglieder sowie über 200 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. H+ repräsentiert Gesundheitsinstitutionen mit rund 177'100 Arbeitsstellen.

Weitere Informationen:
H+ Die Spitäler der Schweiz
Charles Favre, Präsident
Handy: 079 621 08 93
E-Mail: charles.favre@parl.ch

Weitere Informationen:
H+ Die Spitäler der Schweiz
Bernhard Wegmüller, Direktor
Tel. G: 031 335 11 00, Handy: 079 635 87 22
E-Mail: bernhard.wegmueller@hplus.ch